

## Verhandlungsposition Michel Barnier (\*1951), Beauftragter der EU-Kommission für die Austrittsverhandlungen mit Großbritannien



Foto © Imagolibrary Photo Press

### 6a: EU drückt beim Brexit aufs Tempo

Die EU erhöht im Vorfeld der Brexit-Gespräche den Druck auf Großbritannien: Für die eigentlichen Verhandlungen über den EU-Austritt bleibe wegen der notwendigen Ratifizierung einer Vereinbarung durch Parlamente nur bis Oktober 2018 Zeit, sagte der Brexit-Verhandlungsführer der EU-Kommission, Michel Barnier, am Dienstag. Eine Übergangsregelung hielt er für kaum machbar. Die britische Premierministerin Theresa May geriet unterdessen durch Rebellen im Regierungslager unter Druck.

Die EU und Großbritannien begäben sich mit den Austrittsgesprächen in „unerforschte Gewässer“, sagte Barnier, der seit Oktober Brexit-Verhandlungsführer der Kommission ist. Für die eigentlichen Verhandlungen blieben „weniger als 18 Monate“ Zeit. Die Arbeiten würden „rechtlich komplex“, „politisch sensibel“ und hätten „wichtige Folgen für unsere Volkswirtschaften“. Die Briten hatten bei einer Volksabstimmung im Juni mehrheitlich für den Brexit gestimmt. Der auf zwei Jahre angelegte Austrittsprozess kann aber erst beginnen, wenn London das Ausscheiden aus der Europäischen Union nach Artikel 50 des EU-Vertrags beantragt hat. Premierministerin May hat angekündigt, dies bis Ende März zu tun. [...] Ein Antrag der Labour-Opposition im britischen Parlament verlangt jedoch, dass May noch davor ihren Plan für die Brexit-Gespräche offenlegt. Der Vorstoß findet auch im Regierungslager zahlreiche Unterstützer: 20 bis 40 Abgeordnete von Mays Konservativen könnten den Antrag unterstützen, erklärte die konservative Abgeordnete Anna Soubry. [...]

Auch Eurogruppen-Chef Jeroen Dijsselbloem kritisierte unterdessen den bisherigen Brexit-Kurs Londons. Die britische Regierung müsse „eine andere Haltung“ an den Tag legen, um den Brexit reibungslos und geordnet zu gestalten, sagte der Niederländer. Dijsselbloem verwies darauf, dass es bestimmte Optionen für London nicht gebe. „Wenn das Vereinigte Königreich Zugang zum Binnenmarkt haben will, muss es die Regeln und Bestimmungen, die mit dem Binnenmarkt zusammenhängen, akzeptieren.“ London will für seine Wirtschaft möglichst den vollen Zugang zum Markt auf dem Kontinent erhalten, gleichzeitig aber die Zuwanderung von EU-Bürgern einschränken. Der britische Finanzminister Philip Hammond sagte auf eine Frage nach einer möglichen Beschränkung der EU-Freizügigkeit, London wolle sich „so viele Optionen wie möglich“ offenhalten. Es sei klar, dass die Verhandlungen „komplex und langwierig“ sein würden. Barnier machte seinerseits klar, dass er von Überlegungen nichts hält, durch ein Übergangsabkommen nach 2019 mehr Zeit für die eigentlichen Gespräche zur Entflechtung der Beziehungen zu schaffen. Ein solches Abkommen sei für ihn „schwer vorstellbar“, sagte der Franzose und fügte eine abgewandelte Version einer britischen Regierungsparole aus dem Zweiten Weltkrieg an: „Keep calm and negotiate“ („Bleibt ruhig und verhandelt“).

© AFP; <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/brexit/grossbritannien-am-zug-eu-drueckt-beim-brexit-aufs-tempo-14561672.html> vom 06.12.2016 (Zugriff: 03.03.2017)

### 6b: Barnier: Brexit bis Herbst 2018

Die EU will sich für die Brexit-Verhandlungen höchstens 18 Monate Zeit nehmen. Reicht Großbritannien wie geplant im März 2017 das Austrittsgesuch ein, müsste also bis Oktober 2018 eine Vereinbarung stehen. Dies sagte EU-Unterhändler Michel Barnier am Mittwoch bei seiner ersten Pressekonferenz in Brüssel. Er stellte klar, dass die Briten nach dem Austritt nicht mehr dieselben Rechte haben würden wie EU-Staaten. Zudem betonte Barnier: „Rosinenpicken ist keine Option.“ [...]

Barnier sagte, von den zwei Jahren blieben für die tatsächlichen Verhandlungen nur 15 bis 18 Monate. Die übrige Zeit benötige man für die Billigung des Abkommens durch die Mitgliedsstaaten und die Ratifizierung durch das EU-Parlament. Es gehe zunächst nur um den „geordneten Rückzug“ des Vereinigten Königreichs, auch wenn man dabei bereits künftige Beziehungen im Blick behalten werde. Diese könnten erst anschließend geregelt werden, denn es handele sich dann um einen Vertrag mit einem Drittstaat. Barnier nannte vier Grundprinzipien für die Verhandlungen: Einigkeit der verbleibenden 27 EU-Länder, Drittländer könnten nie dieselben Rechte haben wie Mitgliedsländer, keine Verhandlungen vor der Notifizierung<sup>1</sup>, und für den Binnenmarkt gälten alle vier Freiheiten – also neben freiem Waren-, Dienstleistungs- und Zahlungsverkehr auch die Arbeitnehmer-Freizügigkeit. Diese will London nicht mehr akzeptieren, was auf scharfen Widerstand in Brüssel trifft.

<sup>1</sup> In der Diplomatie bezeichnet *notifizieren* die offizielle Mitteilung einer Information, hier also das offizielle Austrittsgesuch durch die britische Premierministerin Theresa May.

- 15 Barnier wollte nicht zwischen einem „soft“ oder „hard“ Brexit unterscheiden – gemeint ist das mögliche Eingehen der EU auf Wünsche aus London. „Es gibt einen Brexit“, sagte er nur. Die Idee aus London, für den Zugang zum Binnenmarkt zu zahlen, verglich Barnier mit den Beziehungen der EU zu Norwegen, das einen finanziellen Beitrag zum EU-Haushalt leiste. Barnier war von EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker zum Chefunterhändler berufen worden und hatte das Amt im Oktober angetreten. Seither hat er nach eigenen
- 20 Angaben bereits 18 der verbleibenden 27 Länder besucht, die übrigen sollen bis Ende Januar folgen. „Die Europäische Union ist darauf vorbereitet, die Notifizierung zu erhalten.“

Aus: „Barnier: Brexit bis Herbst 2018“ (06.12.2016) © dpa Deutsche Presse-Agentur

### 6c: EU-Bürgern in Großbritannien droht juristisches Chaos

- Der EU-Austritt Großbritanniens könnte Millionen EU-Bürger, die in dem Land leben, in juristisches Chaos stürzen. Das befürchtet man zumindest in Brüssel, wie einem Papier zu entnehmen ist, das dem britischen Observer vorliegt. Das Dokument stammt aus dem Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten des EU-Parlaments und beschreibt laut Observer, dass dem britischen Innenministerium sowohl die Informa-
- 5 tionen darüber als auch das System dafür fehlten, um entscheiden zu können, welche EU-Bürger im Land bleiben dürfen und welche nicht. Schuld daran seien die Schwächen des britischen Einwanderungssystems. Da Großbritannien kein Bevölkerungsregister besitzt, „wäre es in der Praxis schwierig zu bestimmen, welche EU-Bürger sich legal in Großbritannien aufhalten“, wie es in dem veröffentlichten Dokument heißt. Und weiter:
- 10 „Wenn alle 3,3 Millionen EU-Bürger in Großbritannien ein Verfahren einleiten würden, um ihr Bleiberecht zu belegen, wäre das bürokratische System völlig überfordert.“ Die britische Regierung erfasst EU-Bürger weder bei der Ein- noch bei der Ausreise. Und anders als zum Beispiel in Deutschland gibt es in Großbritannien generell keine Meldepflicht. [...]

- Noch hat das Innenministerium in London keine Richtlinien herausgegeben, wie die Regierung künftig zwischen den Ansprüchen der EU-Bürger unterscheiden will. [...] Nichtsdestotrotz sorgen sich viele Europäer in
- 15 Großbritannien um ihre Zukunft. Ähnliches gilt aber auch für Briten auf dem europäischen Festland. Die Zahl der Briten, die Deutsche werden wollen, ist in den vergangenen Monaten deutlich gestiegen. [...]

Aus: „EU-Bürgern in Großbritannien droht juristisches Chaos“, doer/leja, SZ vom 19.02.2017 © Süddeutsche Zeitung

### 6d: Folgen des Brexits für britische Banken

- Für London als Finanzmetropole hat der Brexit einschneidende Folgen. Wollen dort ansässige Bankenhäuser auch nach dem EU-Austritt Großbritanniens in der EU tätig sein, benötigen Sie dafür dann eine spezielle Li-
- 5 zenz. Die EZB erteilt diese Lizenz aber nur, wenn zumindest ein Teil der Bankgeschäfte auch tatsächlich in einem Euro-Land abgewickelt wird. Um dies glaubwürdig vertreten zu können, müssten Londoner Banken etliche Arbeitsplätze in EU-Länder verlegen, wie dies einige Großbanken bereits angekündigt haben.

Redaktioneller Text nach Informationen aus: <http://www.zeit.de/wirtschaft/2017-03/brexit-europaeische-zentralbank-eu-bankenlizenz-geschaeftsverlagerung> vom 03.03.2017

### 6e: London fürchtet ein Goodbye der Schotten

- Ruft Schottland ein neues Unabhängigkeitsreferendum aus, wenn Britannien in wenigen Wochen den Aus-
- 5 trittsprozess gemäß Artikel 50 des EU-Vertrages in Gang setzt? Das wird angeblich in Downing Street befürchtet, wie die Zeitung „Times“ mit Bezug auf Regierungsquellen meldete. Seither steigt die Nervosität in London; selbst das Pfund sackte kurz ein. Schon vor dem EU-Referendum hatte die Schottische Nationalpartei
- 10 SNP angekündigt, sich gegen einen Ausstieg aus der EU zu wehren. Als die Briten dann im Juni für den Brexit stimmten, brachte die Erste Ministerin Schottlands, Nicola Sturgeon, offiziell ein neues Unabhängigkeitsreferendum ins Spiel. Seither verschärft sie ihre Drohungen in feinen Dosen. Sollten Schottlands Interessen im Ausstiegsprozess nicht berücksichtigt werden, sei eine Volksabstimmung „wahrscheinlich“, hieß es zunächst. Bald würde sie „sehr wahrscheinlich“, schließlich „noch wahr-
- 15 scheinlicher“. Die roten Linien, die Sturgeon dabei zieht, variieren: vom Verbleib Schottlands in der EU über die Mitgliedschaft im Binnenmarkt bis zu undefinierten Sonderregelungen im Rahmen eines harten Brexits.

Aus: „London fürchtet ein Goodbye der Schotten“, FAZ.NET vom 28.02.2017 von F.A.Z. © Alle Rechte vorbehalten. Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH, Frankfurt. Zur Verfügung gestellt vom Frankfurter Allgemeine Archiv

1. Arbeiten Sie die Argumente Ihres Akteurs in der Verhandlungsrunde mithilfe der Materialien heraus.
2. Entwickeln Sie in Ihrem Ausgangsteam (a) ein zentrales Verhandlungsziel, (b) eine Argumentationsstrategie für die Verhandlungsrunde und (c) ggf. antizipierte Gegenargumente der anderen Verhandlungsteilnehmenden.